

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

# Europa sozial und solidarisch gestalten – Fiskalpakt verhindern!

Im Dezember 2011 einigten sich 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten auf einen so genannten „Fiskalpakt“, der strenge Obergrenzen für die Staatsverschuldung setzt und Strafen für jene Länder vorsieht, die diese verletzen. Zudem schreibt er eine kontinuierliche Rückführung der Schuldenstände europäischer Staaten auf maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor. Die Einhaltung dieser Vorgaben soll durch die EU-Kommission überwacht werden. Damit der Fiskalpakt rechtsgültig werden kann, muss er von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden. In Deutschland ist hierfür eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag notwendig.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, und seine Mitglieds-gewerkschaften lehnen den Fiskalpakt ab. Dieser Vertrag ist undemokratisch, unsozial, rechtlich problematisch, wirtschaftlich schädlich und finanzpolitisch kontraproduktiv. Statt fortgesetzter Austeritätspolitik braucht Europa

- mehr Demokratie
- Initiativen für Wachstum und Beschäftigung
- eine konjunkturgerechte Wirtschafts- und Fiskalpolitik
- sowie eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Haushalte.

Der Fiskalpakt hingegen führt zu drastischen Kürzungen, er gefährdet damit die wirtschaftliche Entwicklung sowie den sozialen Zusammenhalt und er droht letztlich, die Staatsverschuldung zu erhöhen. Der DGB fordert die Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt daher auf, den Fiskalpakt abzulehnen.

## **1. Der Fiskalpakt ist undemokratisch und rechtlich problematisch.**

Der Fiskalpakt ist zutiefst undemokratisch. Weder das europäische noch ein nationales Parlament konnten über seinen Inhalt mitbestimmen. Und das, obwohl der Pakt direkt in das Haushaltsrecht der Parlamente eingreift. Als unkündbarer Vertrag schreibt er rechtsverbindliche Grenzen der Neuverschuldung vor und zwingt innerhalb kürzester Zeit in hohem Umfang zur Rückführung bestehender Schulden. Die EU-Kommission erhält zudem Sanktionsrechte gegenüber den Mitgliedstaaten. Wenn der Bundestag der Ratifizierung des Fiskalpakts zustimmt, so fesselt er daher nicht nur sich selbst, sondern auch alle zukünftigen Abgeordneten. Denn ein Austritt ist nicht vorgesehen, eine Auflösung des Paktes kaum noch möglich.

## **2. Der Fiskalpakt reduziert die Schuldenstände nicht, sondern er erhöht sie.**

Wieder einmal soll mit dem Fiskalpakt eine noch schärfere Kürzungs- und Austeritätspolitik aus der Krise führen. Aber schon heute würgen die beschlossenen Kürzungsprogramme in den betroffenen Ländern die Konjunktur ab und verschärfen damit in paradoxer Weise das eigentlich zu behebende Problem. Denn infolge der weiter einbrechenden Konjunktur steigt die Arbeitslosigkeit, die Steuereinnahmen sinken und die Sozialausgaben nehmen zu. Bestehende wirtschaftliche Strukturen in Industrie, Dienstleistungen und Handwerk werden zerstört. Die Folge: Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung in Europa müssen in immer kürzeren Abständen nach unten korrigiert werden, die Staaten nehmen immer neue Schulden auf, ein teures Rettungspaket folgt dem anderen. Dies lässt sich gerade am Beispiel Griechenlands aufzeigen: Insgesamt ist die griechische Wirtschaft seit 2008 um etwa ein Fünftel eingebrochen. So führen die Kürzungen nicht zu einem sinkenden, sondern zu einem immer weiter ansteigenden Schuldenstand.

## **3. Der Fiskalpakt beruht auf einer falschen wirtschaftspolitischen Analyse.**

Schon bisher haben falsche Diagnosen und schädliche politische Maßnahmen zu einer Verschärfung der Krise geführt. Denn die aktuelle Krise ist keine „Staatschuldenkrise“, und sie hat auch kaum etwas mit „unsolider Haushaltspolitik“ zu tun. Die Schuldenstände in Europa sind bis 2008 in den meisten Jahren gesunken. Zudem können sich außerhalb des Euroraums zahlreiche Länder mit weit höheren Schuldenständen nach wie vor am Finanzmarkt refinanzieren. Das Misstrauen gegenüber einigen Staaten im Euroraum hat also andere Ursachen als deren Verschuldung: Eine allgemeine Unsicherheit aufgrund unklarer politischer Entscheidungen, gravierende wirtschaftliche Ungleichgewichte im Außenhandel zwischen den Eurostaaten, ein durch Kürzungspolitik provoziertes Sinken des Bruttoinlandsprodukts in Südeuropa und gezielte Spekulation gegen Euroländer. Auch dass die Europäische Zentralbank – im Gegensatz zu anderen Zentralbanken – die Staatsfinanzierung weder absichern will noch darf, trägt entscheidend zur Verunsicherung bei – genauso wie der von der Bundesregierung maßgeblich durchgesetzte Verzicht auf gemeinsame Anleihen der Eurostaaten (Eurobonds). Kürzungen der öffentlichen Haushalte können vor diesem Hintergrund nicht helfen, die Krise zu bewältigen.

## **4. Wir brauchen keinen Fiskalpakt, sondern ein soziales Europa!**

Die Kürzungsprogramme in Europa gehen mit dem wohl umfangreichsten Sozialabbau nach dem zweiten Weltkrieg einher: Die öffentliche Beschäftigung wird etwa in Griechenland und Irland massiv reduziert. Im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft werden drastische Lohnsenkungen diktiert. Eingriffe in die Tarifautonomie sind kein Tabu mehr, außerdem wird in vielen Ländern der Kündigungsschutz aufgeweicht, das Rentenalter erhöht und prekäre Beschäftigung ausgeweitet. Der Fiskalpakt reiht sich ein in diese Maßnahmen: Er ist sozial unvernünftig, weil er den Druck auf die öffentlichen Haushalte erhöht, die soziale Ordnung in den betroffenen Staaten zerstört und Millionen Menschen ins Elend zu stürzen droht.

Anstatt mit dieser verheerenden Politik weiter fortzufahren, brauchen wir endlich ein soziales Europa: Ein Europa mit ausreichend finanzierten öffentlichen Haushalten, mit Vorrang für Beschäftigung, mit guten Löhnen, mit sicheren Beschäftigungsverhältnissen und wirtschaftspolitischer Vernunft.

Der Fiskalpakt steht einem solchen Europa diametral entgegen.